

Trends

G 7

Nur kleine Probleme

Die Finanzminister und die Notenbankchefs der sieben führenden Industrienationen (die USA, Kanada, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland) äußerten sich im Anschluß an ihr Treffen in Berlin als zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage.

Vor zwei Jahren bereitete der Sinkflug des Dollar Sorgen, inzwischen herrschen wieder normale Verhältnisse. Die Abwertung der DM wird als Rückkehr zu einer angemessenen Bewertung angesehen, der Yen-Schwäche dagegen sollte entgegengewirkt werden. In der deutschen Wirtschaft wird weiterhin mit stark schwankenden Dollar-Kursen gerechnet (zwischen 1,50 und 1,80 DM/\$). Selbst wenn die Fundamentaldaten hinreichend stabil bleiben, dürfte die Spekulation im Zeichen der unsicheren Einschätzung des Euro genügend Finanzmasse bewegen, um Schwankungen in einer Breite von 0,20 DM/\$ zu erzeugen.

Die Weltkonjunktur wird vom Internationalen Währungsfonds, dessen Präsident Gast beim Treffen war, als positiv eingeschätzt, für Deutschland wird ein Wachstum von 2,25 % prognostiziert.

Die seit Jahren weitgehend stabilen Wechselkursverhältnisse haben allerdings zur Folge, daß andere Einflußfaktoren stärker wirken als früher, z.B. die nationalen Abgabensysteme. Verstärkt durch die Globalisierung, gewinnen die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine neue Qualität im internationalen Wettbewerb, vor allem im Standortwettbewerb. In dieser Hinsicht wird die Lage in Deutschland denn auch durchaus kritisch gesehen. Der Euro, so hieß es beiläufig, habe bei dem Gipfeltreffen nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

IWF

NAB als Reservetank

Die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung erhöht die Gefahr, daß nationale Krisen zu internationalen Erschütterungen führen. Der Internationale Währungsfonds hat aus der Mexiko-Krise von 1994/95 gelernt. Damals wurden fast 18 Mrd. \$ allein vom IWF benötigt, um die Krise im Zaum zu halten. Eine weitere Krise dieser Größenordnung könnte den IWF in einer Situation treffen, in der seine Mittel nicht ausreichen.

Bisher konnte der IWF auf die 1962 geschaffenen »General Agreements to Borrow« (GAB) mit einer Reserve von 17 Mrd. SZR (1 Sonderziehungsrecht entspricht rund 1,40 \$) zurückgreifen. Es wird von den G-10 und der Schweiz getragen, erweitert

durch ein Assoziierungsabkommen mit Saudi-Arabien im Wert von weiteren 1,5 Mrd. SZR. Die jetzt beschlossenen »New Arrangements to Borrow« (NAB) werden von 25 Mitgliedern getragen und haben ein Volumen von 34 Mrd. SZR. Das GAB bleibt bestehen, tritt aber hinter das NAB zurück. Die NAB-Mittel stehen für das Tagesgeschäft nicht zur Verfügung, sondern dienen, als »Reservetank«, ausschließlich der Abwehr von Krisen, die das Weltfinanzsystem bedrohen.

Das Kreditvolumen des IWF ist 1996 deutlich zurückgegangen auf knapp 6 Mrd. SZR, darunter rund 2,5 Mrd. SZR Beistandskredite und 2,6 Mrd. SZR nach der Erweiterten Fondsfasilität (EFF). Nachdem die Inanspruchnahme der Strukturanpassungsfazilitäten (Enhanced Structural Adjustment Facility, ESAF) von 1,4 auf 0,7 Mrd. SZR zurückging, soll der Schuldeninitiative für die ärmsten Länder aus diesem Topf mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

WTO

Liberalisierung der Telekommunikation

Drei Jahre dauerten die Verhandlungen der 68 beteiligten Staaten über ein Liberalisierungsabkommen für die Telekommunikation. Vom nächsten Jahr an werden rund 95 % des Weltmarktes für Kabel- und Funktelefonie, Datenkommunikation und verwandte Dienstleistungen mit einem Volumen von geschätzten 670 bis 750 Mrd. \$ (1996) liberalisiert sein. Das bedeutet, daß bestehende Monopole aufgegeben werden (staatliche sowohl wie private)

und daß ausländische Unternehmensgründungen und Beteiligungen verstärkt möglich sein sollen, satellitengestützte Systeme ausdrücklich eingeschlossen. Außerdem sollen die Regeln für den Wettbewerb auf diesen Schlüsselmärkten der Zukunft klarer gefaßt werden. Bis zuletzt gestritten wurde über nationale Begrenzungen von Markt- und Kapitalanteilen ausländischer Wettbewerber. Insbesondere Japan und Kanada beharrten aber hartnäckig auf solchen Grenzen, und die USA stimmten schließlich trotzdem zu, um das Abkommen überhaupt zustande zu bringen.

Globalisierung

Rechnungslegung im Umbruch

Der weltweite Wettbewerb findet nicht nur auf den produktionsnahen Beschaffungs- und Absatzmärkten sowie auf dem Arbeitsmarkt statt, sondern auch auf den Märkten für Eigenkapital. Die Kapitalgeber haben ein natürliches Interesse daran, über die finanziell bewertete Situation eines Unternehmens möglichst genau unterrichtet zu sein, wenn sie sich dafür entscheiden, Anteile an einem Unternehmen zu erwerben oder zu halten. Und die weltweit operierenden Unternehmen werben weltweit Eigenkapital ein.

Für die Transparenz der Unternehmensrechnenwerke sind die Buchhaltungsregeln maßgeblich, aber welche? Die Bilanzen nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und nach dem deutschen Steuerrecht sind für Amerikaner und Japaner zu wenig transparent. Einige größere Unternehmen sind

deshalb dazu übergegangen, neben den deutschen Standardbilanzen eine international vergleichbare Bilanz aufzustellen. Auf diesem Feld konkurrieren wiederum zwei Systeme miteinander: ein nationales (US-GAAP) und ein internationales (IAS).

Auf welches dieser Systeme (die »US Generally Accepted Accounting Principles« oder die »International Accounting Standards«) die Wahl fällt, hängt insbesondere davon ab, ob eine Börseneinführung an einer amerikanischen Börse geplant ist und für wann. Derzeit sind in solchen Fällen die US-GAAP vorzuziehen. Es wird allerdings damit gerechnet, daß die amerikanische Börsenaufsicht IAS in Zukunft akzeptieren wird, so daß für spätere Börseneinführungen Wahlmöglichkeiten entstehen könnten.

Prognos-Report 1995 – 2005

Bescheidenes Wachstum erwartet

Die Baseler Prognos AG veröffentlichte ihren neuen Report zur wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieländer in der Dekade 1995 – 2005. Sie erwartet eine weitere Konvergenz der Entwicklung in den einzelnen Ländern. Das jährliche wirtschaftliche Wachstum wird auf 2,4 % zurückgehen (nach 2,6 % in der vorangegangenen Dekade), die Inflationsrate wird weiterhin sinken (auf durchschnittlich 2,4 % jährlich, nach 3,2 % in der letzten Dekade). Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin starke Unterschiede aufweisen, in der EU wird sie unvermindert hoch bleiben.

Überdurchschnittliche Wachstumswerte werden für die USA und Kanada erwartet, etwas unterdurchschnittliche für die EU,

eher ungünstige schließlich für Japan. Die nordamerikanischen Länder haben in den letzten Jahren Stärke zurückgewonnen. In der EU überwiegen die strukturellen Probleme die Vorteile des engeren Zusammenschlusses, wobei es wiederum regionale Unterschiede gibt: Irland (+3,3 %), Spanien, Portugal und Norwegen (je +2,7 %) etwa werden über dem EU-Durchschnitt erwartet, Westdeutschland mit + 2 % deutlich darunter. Japan leidet unter dem zunehmenden Wettbewerbsdruck der »kleinen Tiger«, sieht sich zudem durch den hohen Außenwert des Yen zunehmendem Importdruck ausgesetzt und hat mit einer ungünstigen Altersstruktur der Bevölkerung zu kämpfen (es werden Engpässe bei der Verfügbarkeit von Arbeitskräfte erwartet).

Die Beschäftigung in der EU wird zwar absolut zunehmen (um 5 Mio. Arbeitsplätze), da aber für den selben Zeitraum eine Zunahme der Erwerbsbevölkerung um 5,5 % erwartet wird, steigt die Arbeitslosenrate noch über den Wert von 1995 (dem Grenzjahr zwischen den beiden betrachteten Dekaden). Die Europäische Währungsunion wird kommen, Prognos rechnet mit acht Startmitgliedern und anhaltender Preisniveaustabilität.

Bundesrepublik Deutschland

Europäische Währungsunion

Harte Auslegung verlangt harte Arbeit

Guter Wille und Selbstdisziplin allein reichen nicht aus, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Hinsichtlich der absoluten Neu-

verschuldung der öffentlichen Haushalte sowie des Gesamtstandes der öffentlichen Schulden ist der Fiskus direkt gefordert, zur Einhaltung der Kriterien beizutragen; das Mittel dazu ist eiserne Ausgabendisziplin. Abgerechnet aber wird zum Schluß, wenn nämlich die Relationen zum erzielten Bruttoinlandsprodukt berechnet werden. Das BIP ist vom Staat allein nicht steuerbar, allerdings hat er bei einer Staatsquote von nunmehr 51 % erheblichen Einfluß auf die Prozesse, als deren zusammengefaßter Ausdruck das BIP errechnet wird.

Da die Maastricht-Kriterien von 3 % Neuverschuldung und 60 % Gesamtverschuldung, jeweils gemessen am BIP, nicht in erster Linie statistisch, sondern politisch gemeint sind, also etwas bewegen sollen, wäre es vielleicht besser gewesen, die Schuldenhöhen am BIP des Vorjahrs auszurichten, dann würde nämlich zu Beginn des Jahres (im Rahmen der üblichen Schätzproblematik) feststehen, welche absoluten Schuldengrenzen bestehen, und nur die absoluten Größen sind direkt steuerbar. So aber kann es passieren, daß der Staat Ausgaben spart, das BIP durch Nachfrageausfall überproportional zurückgeht und die richtige Maßnahme des Sparens am Schluß die Erfüllung der Kriterien gefährdet, statt sie zu begünstigen.

Die Ergebnisse für das Jahr 1996 jedenfalls sind mit 3,9 % Neuverschuldung und 60,5 % Gesamtschuldenstand so ausgefallen, daß die Maastricht-Kriterien nicht erfüllt wurden. Für die laufende (maßgebende) Jahr sieht es bisher kaum besser aus. Nachlassende Disziplin ist dafür nicht verantwortlich, vielmehr

belasten die immer noch steigende Arbeitslosigkeit (sowohl auf der Kosten- als auch auf der Nachfrageseite), die im internationalen Vergleich zu hohen Arbeitskosten und Steuerausfälle die Rechnung. Die Steuerausfälle sind nicht zuletzt zurückzuführen auf die Exporte, sie gelten zwar als Motor der Konjunktur, bringen aber keine Umsatzsteuer, ferner auf die aktuelle Steuerreformdiskussion, die offenbar dazu geführt hat, daß torschlußpanikartig Abschreibungsmöglichkeiten genutzt wurden, die in Zukunft gestrichen werden sollen.

Sollte es sich im Lauf dieses Jahres erweisen, daß die Bundesrepublik Deutschland – als eine ohne jeden Zweifel treibende Kraft in Richtung auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – beim besten Willen die Maastricht-Kriterien nicht erfüllen kann, dann muß eine Diskussion über die Kriterien zugelassen werden. Dabei geht es nicht darum, die Ziele der EWWU aufzuweichen (und den Euro sozusagen aus der zweiten Reihe starten zu lassen), es könnte aber darum gehen zu prüfen, ob die Kriterien, wie sie derzeit formuliert sind, einen vernünftigen Maßstab zur Feststellung der Zielerreichung darstellen. Dem Vorwurf, eine solche Diskussion bisher verhindert zu haben, wird sich die Regierung dann allerdings kaum entziehen können.

Grenzüberschreitende Unternehmenskäufe Ungleich starke Kapitalströme

Käufe und Verkäufe von Unternehmensbeteiligungen und ganzen Unternehmen als Komponenten der außenwirtschaftlichen

Aktivitäten eines Landes nehmen an Bedeutung immer mehr zu. Die deutsche Bilanz der Kapitalimporte und -exporte ist ausgeprägt negativ, und eine Tendenz zur Umkehr der Entwicklung ist nicht zu erkennen, so die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft in einer Marktstudie.

Im Jahr 1996 flossen umgerechnet etwa 27,7 Mrd. \$ ins Ausland und kamen nur 6,5 Mrd. \$ herein. Die Importe nahmen dabei um 5 %, die Exporte um rund 25 % zu. Im Vergleich dazu sind die entsprechenden Bilanzen der Amerikaner und Briten auf hohem Niveau positiv (USA: 62,8 zu 68 Mrd. \$, Großbritannien: 36,5 zu 34 Mrd. \$). Leicht positiv ist die französische Bilanz mit 11 zu 10,5 Mrd. \$. Ähnlich negativ wie die deutsche Bilanz sind auch die Bilanzen Japans (11,9 zu 4,8 Mrd. \$) und Kanadas (20,7 zu 9,1 Mrd. \$).

Exportförderung

Hermes legt zu

Die Exportförderung durch Hermes-Bürgschaften ist ein bewährtes Instrument, um die Ausfuhr zu stärken, indem besondere Länderrisiken aufgefangen werden. Im abgelaufenen Jahr 1996 wurden 31.000 Anträge gestellt mit einem addierten Volumen von 52 Mrd. DM, genehmigt wurden Anträge im Gesamtwert von 35,4 Mrd. DM. Wie es dem Fördercharakter entspricht, entstehen aus den Garantieleistungen unterm Strich Verluste. Diese nehmen aber seit 1994 kontinuierlich ab. Wenn man Zinszahlungen aus Umschuldungsaktionen einrechnet, ist für 1996 sogar ein

Überschuß auszuweisen. Insgesamt ist eine deutlich gestiegene Zahlungsmoral festzustellen – sogar was die Altschulden, etwa Rußlands, angeht.

Besondere Bedeutung kommt der Förderung von Rußland-Geschäften vorzugsweise ostdeutscher Unternehmen zu, die seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in Kraft ist. Mit 1,5 Mrd. DM ist der Jahresplafonds 1997 für Rußland einer der größten. Weitere Plafonds bestehen für die Ukraine und Usbekistan (je 300 Mio.), für Kasachstan und Turkmenistan (je 100 Mio. DM). Daneben sind Plafonds festgelegt worden für Kroatien (200 Mio.), Rumänien (350 Mio.) und die Türkei (400 Mio. DM), für Ägypten (100 Mio.) und Algerien (200 Mio. DM), für Indien (1,5 Mrd. DM), für Argentinien (400 Mio.) und Brasilien (500 Mio. DM). Über die Plafondierung hinaus sind Einzelfallentscheidungen vorgesehen.

Osthandel

KMU verstärkt beteiligt

Das Ostgeschäft ist traditionell eine Domäne der Großunternehmen. Die Bedeutung Osteuropas als Exportregion hat allerdings so stark zugenommen (auf rund 10 % des gesamten deutschen Exports), daß immer mehr kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ihre Chancen suchen und finden. Zwar operieren sie nicht so großräumig und verzichten oft auch auf Nachhaltigkeit der Beziehungen zu Partnern und Kunden, aber insgesamt tragen sie zum Gesamtergebnis wesentlich bei.

Die wichtigsten Märkte haben sich in Polen, Tschechien und Ungarn entwickelt, gefolgt von der Slowakei, Rumänien, den baltischen Staaten und Rußland. Die größten Unterschiede zu den entwickelten westlichen Märkten sind, mal stärker, mal schwächer ausgeprägt, überall die selben: Rückstände in der Reformgesetzgebung, mangelhafte Infrastruktur, unzureichendes Datenmaterial und vor allem fehlende Kaufkraft.

Europäische Union

EU-Außenwirtschaft

Buten un binnen

Während der europäische Binnenmarkt für die Mitgliedstaaten ein Teil ihrer Außenwirtschaft ist, stellt er für die EU einen Binnenmarkt verglichen mit der EU-Außenwirtschaft (Handel mit den sogenannten Drittstaaten) dar. »Buten un binnen«, wie die Bremer Kaufleute die Welt seit jeher einteilen, sind also mal enger, mal weiter zu fassen.

Die EU-Außenwirtschaft erzielte mit dem jetzt abgerechneten dritten Quartal 1996 in den ersten neun Monaten des Vorjahres einen konsolidierten Außenhandelsüberschuß von 24,8 Mrd. Ecu. Die Zunahme im dritten Quartal machte allein 12,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum aus. Führende Exportnationen sind Deutschland mit 38,8 Mrd. Ecu Überschuß in neun Monaten, Italien mit 25,6, die Niederlande mit 12,8 und Schweden mit 11,5 Mrd. Ecu. Hohe Importüberschüsse dagegen mußten

Großbritannien (mit 22,4 Mrd. Ecu) sowie Griechenland und Spanien (mit 8,2 bzw. 8,1 Mrd. Ecu) hinnehmen.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei Betrachtung der Direktinvestitionen. Die jüngsten Zahlen liegen für das Jahr 1995 vor. Die EU-Mitglieder investierten mit zusammengerechnet 86 Mrd. Ecu rund 35 % mehr als im Jahr davor, davon flossen 51,5 Mrd. in europäische Partnerländer und 34,4 Mrd. in Drittländer. Umgekehrt waren es 69 Mrd. Ecu, das sind 32 % mehr. Eine Umkehr des ungünstigen Trends war also nicht zu verzeichnen. Die attraktivsten Länder für Investitionen aus Drittländern waren Großbritannien, Frankreich und Schweden. Finnland dagegen fiel weit zurück, offenbar hing die Blüte der Vergangenheit mit dem EU-Beitritt zusammen, so daß wohl von einer Rückkehr zur Normalität gesprochen werden kann.

Jahreswirtschaftsbericht

Die Wirtschaftsunion fest im Blick

Der »Jahreswirtschaftsbericht 1997« der Europäischen Kommission macht deutlich, daß die geplante Schaffung einer Euro-Zone nicht bereits das Ziel, sondern der Start in die Wirtschaftsunion sei. Die Maastricht-Kriterien sollen dauerhaft erfüllt werden als Voraussetzung für eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der EU. Die sichtbaren Anstrengungen hierfür werden ausdrücklich anerkannt. Darüber hinaus werden die Wege zum Erfolg gewiesen, die im Zeichen der Globalisierung weltweit überall die selben sind: Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der

Lohnkosten (einschließlich der Lohnnebenkosten), Abbau von Überreglementierungen, Liberalisierung der Zukunftsmärkte Telekommunikation und Energie, Konzentration auf diese Zukunftsmärkte im internationalen Wettbewerb.

Auch die Politik ist gefordert: Zur Vollendung des Binnenmarktes gehört eine Angleichung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Maßnahmen reichen von der Vereinheitlichung des Unternehmensrechts bis zur Harmonisierung der nationalen Steuersysteme. Auch verdeckte Verzerrungen des Binnenwettbewerbs durch anhaltend hohe Subventionierungen müssen überwunden werden. Die Finanzminister werden zum Ausgleich ausdrücklich auf Öko-Steuern als neue Einnahmequelle des Staates hingewiesen.

Die Europäische Kommission selber will in Zukunft auch sparsamer haushalten. Die Kommissare verstehen darunter eine Begrenzung von Zuwächsen. Die gebeutelten Finanzminister dagegen fordern ein Einfrieren des Gesamtbudgets. Den Streit letzten Endes entscheiden dürften wieder einmal die Agrarminister. Wenn die Leitlinien für die Mitgliedstaaten auch für die Kommission gelten sollen, müßten eher Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden wie die Transeuropäischen Netze (TEN).

Die für 1997 und 1998 erwarteten gesamtwirtschaftlichen Daten lassen auf eine leichte Belebung im nächsten Jahr hoffen. Bei einem wirtschaftlichem Wachstum von 2,3 % für 1997 und 2,8 % im folgenden Jahr für alle Mitgliedstaaten werden für Deutschland 2,2 % bzw. 2,8 % erwartet. In Europa sollen 2,2 Mio. neue

Arbeitsplätze entstehen – gerade genug, um das Wachstum der Arbeitsbevölkerung auszugleichen, zu wenig, um die Arbeitslosenzahlen zu verringern. Deutschland allein wird nach diesem Zahlenwerk 1997 im Durchschnitt 9,1 % Arbeitslosigkeit aufweisen (nach 9 % im Vorjahr), im kommenden Jahr noch 8,7 %.

Forschungsförderung

5. Rahmenprogramm kommt

Rechtzeitig vor dem Auslaufen des 4. Rahmenprogramms hat die Europäische Kommission Ihren Vorschlag für das 5. vorgelegt, das die Fördermaßnahmen der Jahre 1999 – 2003 umreißt. Die begleitenden »guten Worte« lassen erkennen, woran es in der Vergangenheit mangelte: Die Forschungsarbeiten müssen verständlicher und deutlich sichtbar gemacht werden, die Ergebnisse müssen effizienter werden. Inhaltlich werden Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie zur Stärkung der Innovationskraft gefordert. Institutionell sollen mehr kleine und mittlere Unternehmen in die Forschungsförderung einbezogen werden. Der Titel faßt die Planungen zusammen: »Die Zukunft gestalten – Die europäische Wissenschaft im Dienste der Bürger«.

Europäische Investitionsbank

Im Dienste der EWWU

1996 hat die Europäische Investitionsbank (EIB) die Vorbereitung der Europäischen Union auf die EWWU maßgeblich unterstützt, indem sie einen großen Teil ihrer Finanzierungsmittel insbeson-

dere für die Förderung der Regionalentwicklung und den Ausbau der Transeuropäischen Netze bereitstellte. Mit Darlehen im Gesamtwert von 23,2 Mrd. Ecu und Anleiheemissionen von 18,6 Mrd. Ecu (davon 17,6 Mrd. gezeichnet) hat die EIB ihre Rolle als weltweit bedeutendster multilateraler Darlehensgeber und Anleihenehmer bestätigt. Die Finanzierungen in der EU haben 20,9 Mrd. Ecu ausgemacht, 13 % mehr als im Jahr 1995. Die Finanzierungen außerhalb erreichten 2,3 Mrd. Ecu.

Nordamerika

Drei Jahre NAFTA

Fruchtbare Hochebene

Drei Jahre besteht der nordamerikanische Binnenmarkt nun, lange genug, um Bilanz zu ziehen, und die Bilanz ist aus inner-amerikanischer Sicht durchaus positiv. Der Binnenhandel der USA, Kanadas und Mexikos hat absolut und relativ zugenommen, die EU als wichtiger Handelspartner hat Marktanteile verloren. Ein Grund hierfür sind die drastisch gesenkten Binnenzölle und die dadurch entstandenen erheblichen Zolldifferenzen nach außen. Diese Entwicklung legt den Europäern nahe, die Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen mit Mexiko rasch und erfolgreich abzuschließen.

Aus der Sicht des stärksten Mitgliedslandes wird deutlich, wo die wirtschaftlichen Vorteile liegen. Die amerikanischen Einfuhren aus den Partnerländern sind seit 1993 von 25,6 auf 28,6 %

angestiegen, die Ausfuhren dagegen mit etwa 30 % gleich geblieben. Die gesamtwirtschaftliche Rechnung verschleiert allerdings die Tatsache, daß die mexikanischen Exporteure, die Gewinner, vielfach Niederlassungen amerikanischer Unternehmen sind. Mexiko profitiert am deutlichsten, gerät dabei allerdings auch in immer größere Abhängigkeit von seinem nördlichen Nachbarn: Waren es 1993 bereits 71,2 % der Importe, die aus den USA kamen, stieg dieser Anteil in den drei Jahren des Bestehens der NAFTA auf 75,6 % an.

USA

Läuft und läuft

Die Globalsteuerung einer Volkswirtschaft ist keine leichte Sache. Die amerikanische Konjunktur ist im letzten Halbjahr 1996 zwar schwächer gewachsen als im ersten, aber immerhin gewachsen: im Jahresdurchschnitt um 2,4 %. Die Inflationsneigung, die im Jahreslauf mal mehr, mal weniger Sorgen machte, scheint derzeit gezähmt zu sein, wenn die 3,3 % für das ganze Jahr auch deutlich über dem Wert anderer Industrieländer liegt. Die Beschäftigung kommt weiter voran – allerdings auf Kosten des Wohlstands: die Armut wächst, und nicht nur bei den Arbeitslosen, auch bei den Beschäftigten am unteren Ende der Lohnskala.

Sorgen bereitet die Außenwirtschaft. Das Außenhandelsdefizit übertraf mit 114 Mrd. \$ den Wert von 1988 und hat den Berg an Auslandsschulden entsprechend erhöht. In der letzten Zeit hat sicher der erstarkte Dollar Exporte in die USA begünstigt und

Importe behindert. Diese Einflüsse beiseite gelassen, bleibt ein fundamentales Ungleichgewicht bestehen. Ein Blick auf die bilateralen Bilanzen zeigt deutlich, welche Außenhandels-Partnerschaften extrem ungleichgewichtig sind: diejenigen zu Japan mit 48 und zu China mit 40 Mrd. \$ Defizit (aus amerikanischer Sicht). Eine Trendwende dieser über die Jahre anhaltenden Entwicklung einzuleiten, wird inzwischen ausschließlich der Politik zugetraut. Das Stichwort »Handelskrieg« wird wohl so schnell nicht aus den Schlagzeilen verschwinden.

Lateinamerika

Lateinamerika

Neues Ansehen

Die Region stand lange Zeit für politische und wirtschaftliche Instabilität, wie noch zuletzt die Peso-Krise von 1994/95 zeigte, als Mexiko massive Hilfe von außen benötigte. Die vorzeitige Rückzahlung eines Teils dieser Hilfe steht nun, umgekehrt, für das seither gewonnene Ansehen Lateinamerikas als eine der am meisten versprechenden sogenannten »emerging markets«.

Die Entwicklung der Freihandelszonen haben den Politikern gezeigt, daß Anpassungsprozesse unterm Strich Erfolge bringen können. Diese Prozesse brachte Brasiliens Außenminister beim Weltwirtschaftsforum in Davos auf die Formel: Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung und Stabilisierung. Der Selbstversorgungsgrad innerhalb der Freihandelszonen steigt übrigens,

was bei den großen Exportnationen wiederum zu der Besorgnis führt, solche Zonen stehen einer Welthandelsordnung im Wege.

Mexiko

Tiefgreifender Wandel

Die Europareise des mexikanischen Handelsministers steht im Zeichen der Werbung für sein Land als Wirtschaftspartner, insbesondere als Standort für (noch) mehr Direktinvestitionen. Angestrebt wird deshalb ein Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und der EU, das auch im Interesse der EU liegt, da deren Exporte nach Mexiko seit Gründung der NAFTA rückläufig sind.

Neben einer weiteren Stärkung seiner Wirtschaft verspricht sich Mexiko von einem verstärkten Handel mit Europa auch einen Abbau der Abhängigkeit von den USA, die mit Gründung der NAFTA noch zugenommen hat. Der Stolz, mit dem der Minister auf die Halbierung der Inflationsrate hinwies, ist allerdings kaum geeignet, die stabilitätsbewußten Europäer zu beeindrucken – sie lag zuletzt bei 27 %.

Amerikanischen Blicken durch den »Tortillavorhang« zeigt sich ein Bild mit Licht und Schatten. Die Anstrengungen der Regierung werden gewürdigt, nicht zuletzt auch die Geste der Teilrückzahlung der amerikanischen Finanzhilfe (Geste, weil das Geld vor allem durch Schuldenumschichtung aufgebracht, nicht eigentlich bereits verdient wurde). Sorgen bereitet die zunehmende Not der Bevölkerung (das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt nach OECD-Berechnungen bei 3.000 \$), die hinter dem ille-

galen Drogenhandel und den zunehmenden kriminellen Übergriffen auf Industrielle und Touristen steht. Daß Mexiko nicht, wie Kolumbien, Sanktionen drohen wegen nicht ausreichender Bekämpfung des Drogenhandels, ist Ausdruck des Messens mit zweierlei Maß.

Die mehr als sechs Millionen Mexikaner in den USA sollen politische Rechte bekommen, die ihnen bisher verweigert wurden (Briefwahlrecht, Schutz des Eigentums bei Wechsel der Staatszugehörigkeit). Motor dieser Demokratisierungsmaßnahme sind wohl die Überweisungen an Familienmitglieder in der Heimat, deren Volumen zu einem Wirtschaftsfaktor aufgerückt ist.

MERCOSUR

Selbstbewußter Auftritt

Das Gipfeltreffen des MERCOSUR im brasilianischen Fortaleza stand offenbar, wenn auch unausgesprochen, unter dem Motto: Gemeinsam sind wir stark. Neben den Gründern und Vollmitgliedern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay waren die assoziierten Mitglieder Chile (seit 1996) und Bolivien (voraussichtlich im April 1997) vertreten, dazu Ecuador, Kolumbien und Venezuela, die sich ebenfalls um Beitritt bemühen.

Das addierte Bruttoinlandsprodukt übersteigt 1 Billion \$. Die Aussage, der MERCOSUR habe bereits heute ein größeres politisches Gewicht als die NAFTA, zeigt aber mehr vom Selbstbewußtsein als von der tatsächlichen Größe. Immerhin scheint es der Gemeinschaft zu gelingen, wenn auch mit viel Mühe im

Detail, nationale Handlungsregeln nach und nach durch international wettbewerbsfähige zu ersetzen und so gemeinsam das Gewicht zu erzeugen, das geeignet sein könnte, das immer noch bestehende nordamerikanische Übergewicht allmählich auszutariieren.

Asien

ASEAN und EU

Geschäft und Moral

Die ASEAN-Staaten gehören zur wachstumsstärksten Region der Erde. Der ASEAN-Europa-Dialog, als Versuch, die Wirtschaftsbeziehungen zu verstärken, hat große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft – mindestens aus europäischer Sicht (ins Leben gerufen wurde er vor 20 Jahren auf Betreiben Singapurs und Frankreichs). Geschäfte wollen beide Seiten denn auch gern machen, in Fragen der Menschenrechte bleiben die Gegensätze allerdings bestehen. Der ganze Dialog droht deswegen in eine Sackgasse zu geraten.

Das jüngste Asia-Europe-Meeting (ASEM) hat jedenfalls keine Annäherung der Standpunkte gebracht. Im Gegenteil: der als sicher geltende Beitritt Myanmars im Juli dieses Jahres wird von den Europäern als nicht akzeptabel eingestuft. Die Differenzen über Osttimor, ausgetragen insbesondere von Portugal und Indonesien, belasten das Verhältnis zusätzlich. Am Widerstand Portugals scheiterte denn auch die Erneuerung des Grundsatzabkom-

mens zwischen der ASEAN und der EU. Immerhin scheint mittlerweile ein Umgangston gefunden worden zu sein, der die Fortsetzung des Dialoges erlaubt. Im April nächsten Jahres wird in London der nächste gemeinsame Gipfel stattfinden.

Autonomiegebiete

Interimsabkommen mit der EU

Obwohl noch kein unabhängiger Staat, soll den Autonomiegebieten der Palästinenser möglichst bald der selbe Status wie den übrigen Mittelmeeranrainerstaaten (sofern sie nicht selber Mitglieder der EU sind) eingeräumt werden. Das jetzt in Brüssel unterzeichnete Interimsabkommen bringt neben der gegenseitigen Handelsliberalisierung vor allem weitere EU-Mittel ins Land. Bis Ende des nächsten Jahres fließen 266 Mio. Ecu (umgerechnet gut 500 Mio. DM) aus Finanzmitteln der EU sowie weitere 250 Mio. Ecu Mitteln der Europäischen Investitionsbank. Außenminister Kinkel sprach bei Abschluß des Abkommens von einer »Friedensdividende« für die Palästinenser.

Europa

Großbritannien

Glanz und Elend

Wenn der private Konsum als Ausdruck der Stimmungslage gedeutet werden kann, dann geht es den Briten offensichtlich gut.

Der Konsum wächst rascher als das Bruttoinlandsprodukt. Die Nachfrage ist allerdings in starkem Maße kreditfinanziert. Die Häuserpreise steigen wieder, Hypotheken werden stärker in Anspruch genommen. Die Arbeitslosigkeit geht zurück und liegt jetzt schon bei nur 6,5 %. Die Inflationsrate liegt bei 3 % und muß gedrückt werden. Die Bank von England möchte deswegen die Zinsen erhöhen, die Regierung verweist (vor der Wahl im Mai) lieber auf die deflationären Kräfte, die vom deutlich gestiegenen Außenwert des Pfundes ausgehen.

Ausländische Investoren bevorzugen Großbritannien, wenn sie sich in Europa einkaufen. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Beträge auf eine Summe von umgerechnet mehr als 38 Mrd. \$, davon stammt mehr als die Hälfte aus den USA. Die Gründe für diese Bevorzugung sind leicht auszumachen: Die britische Wirtschaft ist weit stärker dereguliert und privatisiert (insbesondere auch die Elektrizitätswirtschaft) als andere europäische Volkswirtschaften, die Hürden für Investoren sind niedrig gelegt, und die Lohnkosten sind vergleichsweise gering bei höherer Flexibilität in der Aushandlung von Arbeitsbedingungen.

Der Glanz, in den die zu Ende gehende Ära des Thatcherismus getaucht wird, täuscht nicht über ihre Schattenseiten hinweg. Die derzeitige Blüte ist nicht viel mehr als die wieder gewonnene Normalität. Die Sparpolitik der Regierung hat zu einem beispiellosen Verfall der Verkehrsinfrastruktur geführt. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte hat viele stumme Opfer gefordert (die Arbeitslosenzahlen sinken schneller als die Anzahl der Arbeits-

plätze zunimmt). Die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen hat die traditionell starke Bindung der Arbeitnehmer an »ihre« Unternehmen aufgelöst mit der Folge, daß Trainings- und andere Fortbildungsmaßnahmen drastisch zurück genommen wurden. Vielfach klagen Investoren bereits über unzureichend qualifiziertes Personal. Die Stärke des Pfundes beginnt bereits, die britischen Exporte zu erschweren. Der Zustand dürfte andauern, denn maßgeblich sind die (gewollten) ausländischen Investitionen im Land und eine spürbare Flucht ins Pfund angesichts des noch unberechenbaren Euro.

Vereinzelt äußern Investoren die Sorge, Großbritannien könne aus eigenem Entschluß der Europäischen Währungsunion fernbleiben. In dem Fall hätten sie sich im »Euro-Ausland« niedergelassen (britische Unternehmen investieren schon seit einiger Zeit bevorzugt im Ausland). Die Sorge ist berechtigt. Im Wahlkampf treten die Konservativen als Anti-Europäer auf und die Labour Party nicht länger als Befürworterin eines Beitritts zur EWWU. Die in einem langen und schmerzhaften Prozeß wieder erlangte Profitabilität der britischen Wirtschaft, der es seit drei Jahren besser geht als dem Durchschnitt der EU-Staaten, soll erklärtermaßen nicht gefährdet werden.

Es sind aber nicht die aktuellen wirtschaftlichen Unterschiede, welche die britische Zurückhaltung im Kern bewirken, sondern vielmehr demokratische Traditionen, die in Jahrhunderten gewachsen sind und sich bewährt haben. Dazu gehört der Grundsatz, daß was ein Parlament beschließt, auch von einem Parla-

ment geändert werden kann (im Sinne der Korrektur eines Irrweges). In einem vereinigten Europa wären wegweisende Beschlüsse unumkehrbar. Was das Europäische Parlament beschließt, kann ein nationales Parlament nicht ändern. Und die Vorstellung, das Prinzip der Einstimmigkeit bei wichtigen Abstimmungen könne zugunsten eines Mehrheitsprinzips aufgegeben werden, das heißt, daß eine ganze Nation, zum Beispiel die britische, einfach überstimmt werden könnte, ist für die Briten schlechterdings unannehmbar.

Italien

Bewunderung und Skepsis

Als Italien ankündigte, in der EWWU von Anfang dabei sein zu wollen, fühlten sich viele Europäer an die Neigung der Italiener zu großen Worten und verschleppten Taten erinnert, die so lange das öffentliche Leben des Landes beherrschte. Inzwischen wird der feste Wille, die Maastricht-Kriterien zu erreichen, kaum noch bezweifelt, ja bewundert –jedenfalls was die numerisch definierten Grenzmarken angeht. Hinsichtlich der Solidität und Nachhaltigkeit der Konsolidierungsanstrengungen herrscht hingegen noch weiterhin Skepsis. Für Italien ist der Beitritt das politische Prestigeprojekt Nr. 1 geworden.

Der Kurs der Lira zeigt die Fragilität der neuen Haltung. Die italienische Stabilitätspolitik stärkt den Außenwert der Lira – gerade auch gegenüber der vorübergehend schwächer tendierenden Mark. Öffentlich geäußerte Zweifel an der termingerechten Einführung

des Euro (selbst wenn sie nichts mit Italien zu tun haben) dagegen lassen den Kurs rasch purzeln. Es scheint, als hätten die Italiener in der Tat keine andere Wahl* als schon 1999 der EWWU anzugehören.

Solange kaum jemand daran glaubte, daß Italien die Konvergenz-Kriterien schaffen könnte, war die europäische Welt aus der

Sicht der stärkeren Nationen »in Ordnung«. Die unerwartete Zielstrebigkeit der italienischen Politik gibt jetzt zu der Besorgnis Anlaß, Italien wolle sich lediglich eine Eintrittskarte verschaffen, nicht aber nachhaltig auf die Einhaltung der EWWU-Kriterien hinarbeiten.

Außenwirtschaftsbrief 2/97. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, April 1997: Deutscher Wirtschaftsdienst.